

A person is shown in silhouette, holding a smartphone in their right hand and a map in their left hand. The background is a bright, overexposed outdoor scene with bare tree branches and a building with a dome. The overall color palette is dominated by teal and blue tones.

Nächste Tür: Links

Tobias Meyer

Mark* hat ein sauberes polizeiliches Führungszeugnis. Normalerweise reicht das, um als Türsteher zu arbeiten. Trotzdem soll ihm im vergangenen Jahr plötzlich die Arbeitserlaubnis entzogen werden:

Das Stadtamt ordnet eine erneute Überprüfung an und beruft sich auf seinen Vermerk als „linksorientierter Straftäter“. Der 32-Jährige wehrt sich dagegen und muss zu seinem Erstaunen feststellen: Immer wieder wurden Daten über ihn gesammelt, weit vor der Schlägerei, von der Polizei, vom Verfassungsschutz. Die Überwachung kriegt er seitdem nicht mehr aus seinem Kopf.



Sie wissen es. Dass er als junger Erwachsener im Alhambra in Oldenburg abhing, zum Beispiel. Diesem „selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentrum“ an der Hermannstraße. Weiße Fassade, rotes Ziegeldach, unter dem auf der Rückseite des Gebäudes „Das Leben beginnt, wo Herrschaft aufhört“ steht. Dort trafen sich früher Gewerkschafter, dann die ersten schwul-lesbischen Organisationen. Und vor allem: Linke. Und dort ging er hin, wenn er seine Freunde sehen wollte. Dort ging er hin, wenn er Punkbands live erleben wollte.

Dort ging er nicht hin, wenn er seine Teilnahme an einer Demonstration plante.

Die Wände haben Ohren, haben sie ihn gewarnt, und draußen könnten Beamte sein und sie beobachten, haben sie gesagt. Immer wieder führte die Polizei Hausdurchsuchungen durch, '91, '96, 2008, unter anderem wegen Verdachts auf Anstiftung zu Gewalttaten und des Vorwurfs, terroristische Vereinigungen zu bewerben. Aber eigentlich, davon waren die Stammesbesucher überzeugt, wollten sie an die Daten der Mitglieder, wollten sie die linke Szene einschüchtern. Er hat das alles nicht so ernst genommen. Warum sollte sich die Polizei

für ihn interessieren? Warum der Verfassungsschutz? Eben.

Sie wussten, dass er da war. Und sie wussten, wenn er woanders war, auf Demonstrationen zum Beispiel. Sie legten Dateien an mit seinem Namen und den Aufenthaltsorten, und aus den Dateien wurden Akten, und aus den Akten wurden Informationen, die irgendwann mal irgendwie gegen ihn ausgelegt werden würden. Woher sollte er das damals wissen? Er wusste es nicht. Seine Freunde haben ihn gewarnt, er war sensibilisiert, er war vorsichtig, vor allem, wenn es um Hinweise auf seine linkspolitische Gesinnung ging. Aber er war kein leitender Linker, kein Organisator; er war gegen das System und für linke Politik, aber so war das halt, mit 16, wenn man Punk war, wenn man eine „subkulturelle Haltung“ hatte.

Einmal bestellte er bei einem Versandhandel Antifa-Material, an die Adresse seiner Eltern. Ein Familienhaus im Norden, in einem Ort, in dem er eh schon auffiel, durch seine Tattoos und seine politischen Ansichten. Früher gab es dort eine starke rechte Szene, aber die war nicht mehr aktiv. Jetzt war es ein friedlicher Ort, und er fühlte sich heimisch, fühlte sich sicher. Bis zu dem Tag, an dem er im Internet seine

Adresse fand, auf einer dieser „Drecksnaziseiten“, wie er sagt, auf denen sie vollständige Anschriften von Linken veröffentlichten und damit eine Hetzjagd anzustoßen versuchten. Seine Kontaktdaten hatten sie aus dem Kundenregister des Versandhandels, genau wie die von zahlreichen anderen Linken. Jetzt ist es vorbei, dachte er, jetzt kriegen sie mich. Die machen mich fertig. Seinen Eltern verschwieg er die Gefahr zunächst, die in den ersten Tagen so unglaublich drohend, so unglaublich düster durch seinen Kopf donnerte. Doch die Nazis kamen nicht. Aufatmen.

Aber die Nazis kamen. Nicht zu ihm, sondern nach Wilhelmshaven. Dort wollten sie durch die Straßen ziehen und demonstrieren, gegen Ausländer, für ein deutsches Deutschland. Er war auch da, um ihnen Paroli zu bieten, mit vielen Hundert anderen. Die Polizei hatte alles unter Kontrolle, jeder ging seinen Weg und zunächst war es so, wie bei jeder Demonstration auch: laufen, brüllen, Parolen schreien. Doch dann hatten sie eine Idee, ein spontaner Einfall, Leichtsinn vielleicht? Sie zogen los, in einer kleinen Gruppe, und trafen auf Nazis, und irgendwie geriet die Situation außer Kontrolle. Am Ende saß er im Polizeiauto. Anzeige wegen gefährlicher Körperverlet-

zung. Sozialstunden. Und ein Eintrag als linksmotivierter Straftäter in einer Datenbank des Bundeskriminalamts. Das war 2009, da war er 27. Da ahnte er noch nicht, was kommen würde.

Januar 2015. Mark sitzt in einem Restaurant im Herzen des Viertels. Hier kann man gut reden, hat er am Telefon gesagt; alles weitere dann später. Er sitzt an einem Tisch in einer Ecke im ersten Stock, vor ihm ein Teller Geschnietzeltes mit Spätzle und ein halber Liter Spezi. Hinter ihm: eine Geschichte, die er selbst nicht ganz glauben kann. Mark ist 32 Jahre alt, ein Schrank von einem Mann: groß, kräftig gebaut, markantes Gesicht, auch durch den Bart. Gute Voraussetzungen für seinen Job, denn der Wahlbremer arbeitet seit fünf Jahren als Türsteher, vor Clubs, vor Konzerten. Einmal auch als Security für die Künstlerin Lady Bitch Ray. Für den 32-Jährigen ist „Tür machen“ kein Traumjob – aber einer, der ihm Spaß macht: die Szene, die Leute, die Kollegen, alles passt. Natürlich gehen ihm die Gäste manchmal auch auf die Nerven, vor allem dann, wenn er sie rausschmeißen muss oder gar nicht erst rein lassen kann, weil sie vollgepumpt sind mit Alkohol oder Drogen oder beidem, weil sie ausrasten vielleicht oder andere Gäste belästigen.

In der Anfangszeit seines Jobs gab es mal einen Fall, da war wieder einer, der ausgerastet ist. Der Mark von hinten angegriffen hatte. Mark und sein Türsteherkollege reagierten sofort, brachten ihn unter Kontrolle – doch er wehrte sich, der Alkohol hatte den Verstand ausgeschaltet. Sie fesselten ihn mit Kabelbindern – weil sie ihn nicht verletzen wollten, indem sie sich auf ihn draufsetzen oder die Arme verdrehen. Mark bekommt bekommt eine Anzeige wegen Freiheitsberaubung, doch das Verfahren wird eingestellt. Vermutlich, so die Begründung, sei sein Verhalten Notwehr gewesen. Mit Sicherheit war es das, sagt Mark.

Mark hat ein sauberes Führungszeugnis, und einen 34A-Schein. Er hat eine Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer abgelegt, um als Türsteher zu arbeiten, hat sich mit gesetzlichen Rahmenbedingungen und Sicherheitsaspekten beschäftigt. Vier Anzeigen wegen Körperverletzung hat er seitdem bekommen, eine stellte sich als Falschanzeige heraus, die drei anderen Verfahren wurden eingestellt. Eine gute Quote für einen Türsteher, denn nicht selten zeigen verärgerte Gäste, die rausgeschmissen wurden, sie auch mal mit fadenscheinigen Begründungen an. Aber Mark ist ein be-

sonnener Typ, seine tiefe Stimme ruhig, seine Aussagen überlegt. Dass er ins Visier des Verfassungsschutzes geraten würde, dass das Stadtamt versuchen würde, ihm seine Zulassung zu entziehen, das hätte er niemals erwartet. Bis zu diesem Tag im Juli 2014, an dem er einen Brief der Behörde öffnet.

Mark ist ins Viertel gezogen, damit er „rausgehen und feiern gehen kann, ohne Scheiß Nazimucke“ hören zu müssen“. Er mag es, dass seine Nachbarschaft eher linksgerichtet ist, und er findet es gut, dass rechte Parolen an den Stammtischen in den Kneipen keinen Platz haben. Marks Herz schlägt für eine linke Politik. Aber Mark ist jetzt 32, vier Jahre über dem durchschnittlichen Ausstiegsalter aus der linken Szene. Er ist ruhiger geworden, auch wenn sich seine Ansichten kaum verändert haben – nur mit dem Unterschied, dass er sie jetzt nicht mehr unbedingt herausbrüllen muss auf Demonstrationen. Aber Mark hat auch diesen Vermerk als linksmotivierter Straftäter bei der Polizei. Und als „politisch motivierter Täter“ ist er für den Job als Türsteher „unzuverlässig“, begründet ein Polizist des Bremer „Kommissariat für spezielle Strukturdelikte“ in einer E-Mail im März 2014 an das Stadtamt den Wunsch nach einer er-

neuten Überprüfung Marks. In einem Bewertungsschreiben an das Stadtamt heißt es dann: „Eine solche Gesinnung ist mit der Ausführung einer Türstehertätigkeit nicht in Einklang zu bringen“, schließlich neigen „linksmotivierte Straftäter (...) dazu, sich der Polizei zur Wehr zu setzen und Anweisungen nicht Folge zu leisten“.

Rein rechtlich gesehen reicht sein Polizeiliches Führungszeugnis „ohne Eintragungen“ und sein 34A-Schein aus, um als Türsteher zugelassen zu werden – weiterer Überprüfungen bedarf es in der Regel nicht. Doch das Stadtamt geht einen anderen Weg. Die Beamten fragen – nach bremsischem Datenschutz zulässig – unter anderem Informationssysteme der Polizei ab, etwa „Cognos“, „Nivadis“, „Inpol“ und das Informationssystem Anzeigen, kurz ISA, ab. In letzterem werden alle Arten von Anzeigen gelistet, die jemals gegen Personen aufgegeben wurden – ganz egal, ob die Verfahren eingestellt wurden oder nicht. Mark hat einige Anzeigen bekommen: in seiner Jugend wegen Landfriedensbruch zum Beispiel, und die vier, die in seiner Türsteherzeit zusammengekommen sind. Alle Verfahren gegen ihn wurden eingestellt. Diese Sammlung der Anzeigen sei nicht aussagekräftig über eine Person, ist Mark über-

zeugt. Es seien Anzeigen, keine rechtmäßigen Verurteilungen. Sie würden lediglich der Vorverurteilung dienen.

Das gleiche denkt er auch über die Datenbank des BKA, in dem er als linksmotivierter Straftäter vermerkt ist. Immer wieder stand diese in den vergangenen Jahren in der Kritik: Im September 2014 berichteten die Medien über eine Statistikpanne, die nach einer Anfrage des Linke-Abgeordneten Andrej Hunko offenbar wurde. Er hatte bei der Bundesregierung angefragt, wie personengebundene Hinweise bei der Polizei gespeichert würden. Der parlamentarische Staatssekretär Günther Krings von der CDU leitete eine Auflistung aus dem Informationssystem des BKA, in dem 1,5 Millionen Menschen registriert sind, an den Politiker weiter. Und Hunko fiel anhand der Zahlen auf: Irgendetwas kann hier nicht stimmen. 3490 Menschen waren der Tabelle des BKAs zufolge als „Straftäter – linksmotiviert“ gespeichert – aber nur zehn Personen als „Straftäter – rechtsmotiviert“. Das Innenministerium entschuldigt sich kurze Zeit später mit der Begründung, in allen 18 Kategorien seien „die Zahlen durcheinander geraten“. Die Korrektur folgt prompt: Nun sind es 9763 linksmotivierte und ganze 20054 rechtsmotivierter Straftäter. Bei den

polizeibekanntem Rockern korrigierte man die Zahl von 92742 auf 2355; und die Gruppe der Menschen, die einen Vermerk in der Kategorie „Prostitution“ haben, schrumpft von etwas mehr als 2400 auf 102. Darüber hinaus sind in dem System Personen unter „Drogenkonsumenten“ gespeichert, mehr als 1,1 Millionen. Auch Hinweise auf „geisteskrank“ sowie „suizidgefährdete“ und „landstreichende“ Menschen hat das BKA gesammelt. Hunko und viele weitere Politiker kritisieren daraufhin, dass Personen dadurch „stigmatisiert“ würden – etwa bei Polizeikontrollen. Sie fordern die Löschung der Daten. Das BKA kündigt an, die Kategorien „Prostitution“, „Landstreicher“ und „Drogenkonsumenten“ zu vernichten. Die anderen bleiben bestehen.

Mark selbst weiß, wie sich so eine Vorverurteilung anfühlen kann. Einmal, erzählt er, sei er in eine Fahrzeugkontrolle der Polizei geraten. „Ganz normal“ hätte ihn ein Beamter nach seinem Führerschein und den Fahrzeugpapieren gefragt und diese zur Überprüfung mitgenommen. Zurück kam er dann mit einem Kollegen, der sich auf der anderen Seite des Autos positionierte, mit der Hand an der Schusswaffe. „Anscheinend haben sie meinen Eintrag als linksmotivierter Straftäter gesehen“, sagt

Mark achselzuckend. „Da sind sie lieber auf Nummer sicher gegangen.“ Dass Mark bislang lediglich einmal im Zusammenhang mit der Nazischlägerei in Wilhelmshaven wegen Körperverletzung belangt wurde, ist dabei egal. „Es findet keine Unterscheidung in diesem System statt“, sagt Mark. Das sei das Problem.

Ein Problem, dass ihn im Sommer 2014 für kurze Zeit seinen Job kostet. Denn mittlerweile ist auch das Stadtamt an diese Informationen gekommen. Eine Sachbearbeiterin fragt daraufhin beim Landesamt für Verfassungsschutz an, ob es „nachrichtendienstliche Erkenntnisse“ gegen Mark gibt. Diese Auskunft jedoch wäre rein rechtlich nur dann zulässig, wenn der Türsteher Chemieunternehmen oder Atomkraftwerke oder Flughäfen bewachen würde, also Objekte, von denen „im Falle eines kriminellen Eingriffes eine besondere Gefahr ausgeht“. Aus diesem Grund fragt der Verfassungsschutz nach, ob eine „Prüfung der rechtlichen Voraussetzung und der Erforderlichkeit für eine Datenermittlung erfolgt ist“. Die Sachbearbeiterin empfiehlt daraufhin zu prüfen, ob etwa die Diskomeile als Ort ähnlich eingestuft werden könne wie etwa sicherheitsrelevante Objekte wie ein Atomkraftwerk, und verweist

auf ihre Einschätzung, dass „aufgrund der kritischen Einstellung bei linksorientierten Personen, Mitgliedern der Hooliganszene oder auch aus dem Rockermilieu gegenüber der Polizei“ eine Anfrage beim Verfassungsschutz „erforderlich“ sei. Die „taz“ stellt in einem Artikel dazu fest: „Dass Neonazis als Türsteher problematisch sein könnten, erwähnt sie nicht.“

Mark hatte inzwischen einen Anwalt eingeschaltet und ein Eilverfahren beantragt – schließlich wollte er dem Entzug der Arbeitserlaubnis während der Überprüfung, die zum 1. August eintreten sollte, entgehen. Außerdem informierte er einen Politiker der Bremer Linken. Die Partei stellte daraufhin eine kleine Anfrage beim Senat, in der es unter anderem um die Rechtmäßigkeit der Abfragen polizeilicher Informationssysteme durch das Stadtamt ging. Kurze Zeit später klingelte bei Marks Anwalt das Telefon. Der Referatsleiter für Gastronomie war am Apparat und erklärte, dass die Berufserlaubnis wieder erteilt würde – wenn er das Eilverfahren wieder zurückziehe. Und auch im Stadtamt wird in einem internen Schreiben mitgeteilt, dass die Anfrage an den Verfassungsschutz nicht weiter verfolgt werde, da die rechtlichen Voraussetzungen für eine Datenermittlung fehlten.

Seitdem arbeitet Mark wieder als Türsteher, lediglich eine Woche war von dem Arbeitsverbot betroffen. Doch für den 32-Jährigen ist etwas ganz anderes von Bedeutung: der Umgang mit seinen Daten. „Ich weiß nicht“, sagt er kopfschüttelnd, „welche Informationen die Behörden genau über mich haben.“ Dass er überhaupt Einblick in den ganzen Vorgang erhalten hat, habe er seinem Anwalt und dem Datenschutzbeauftragten zu verdanken. Nun will er herausfinden, was der Verfassungsschutz alles über ihn weiß. Schon einmal hat er das versucht, mit 23 oder 24 Jahren. Alles, was man ihm sagte, war: dass man wisse, auf welchen Demonstrationen er zwischen 2005 und 2007 gewesen sei. Und, dass er sich des Öfteren Mal im Alhambra aufgehalten habe. Alles Weitere könne man nicht mitteilen, weil sonst Informanten oder aber die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes gefährdet wären.

Manchmal, gibt Mark nach längerem Überlegen zu, fühle er sich einfach nur machtlos. Haben sie ihn abgehört? Haben sie ihn beobachtet? Was wissen sie genau? Einmal sei eine Freundin festgenommen worden, nachdem sie in Bremen die Gleise nach einer Demo gegen Nazis blockiert hat. Wochen später kontaktierten sie die Beamten

– „vielleicht waren sie vom Staatsschutz oder vom Verfassungsschutz, vermutlich aber Verfassungsschutz“ – noch einmal und stellten Fragen. Mark ist nicht paranoid, aber als er das erfährt, überlegt er: Kontaktieren sie nun auch Personen aus meinem direkten Umfeld, um an Informationen über mich heran zu kommen? Stochern sie nur blind rum? Oder verfolgen sie ein bestimmtes Ziel? Verfolgen sie überhaupt ein Ziel? Verfolgen sie überhaupt ihn?

Es sind Fragen, die ihn nicht loslassen. Fragen, mit denen er sich eigentlich nicht auseinandersetzen möchte. Weil er in einem Rechtsstaat lebt. Weil er an die Freiheit glaubt. Aber wenn diese Gedanken kommen, dann kommen die Zweifel. „Es gibt kein funktionierendes Kontrollorgan für den Verfassungsschutz“, sagt er. „Die können tun und lassen, was sie wollen.“ Auch die „Datensammelwut“ der Behörden macht ihm Angst. „Mich hat überrascht, wie einfach das Stadtamt an meine Daten gekommen ist.“ Und wenn überall Daten gesammelt werden, sagt er, dann ist die Gefahr größer, dass sie missbraucht werden. Immerhin haben seine Eintragungen dazu geführt, dass er kurzfristig seinen Job verloren hat.

Jetzt versucht Mark, so wenige Daten wie nötig zu verbreiten, so wenig Spuren wie möglich zu hinterlassen. Und dass er sich so verhalten muss – das beunruhigt ihn am meisten. Er hat nichts zu verbergen. Er ist kein Strippenzieher, kein Organisator, und erst recht kein Krimineller. Er ist Mark, 32 Jahre alt, Türsteher. Ein Linker.

Grund genug, ihn zu überwachen.

Grund genug, ihn zu überwachen?

**Name von der Redaktion geändert*